

BERGBAU · SANIERUNG · ZUKUNFT



Bitte beachten Sie unsere Betriebsruhe vom 27.12.22 – 30.12.22

Senftenberg/Leipzig/Sondershausen. Bitte beachten Sie, dass entsprechend der tariflichen Regelungen Betriebsruhe vom 27.12.22 - 30.12.22 für die LMBV-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vereinbart ist.

In Havariefällen ist der Diensthabende der LMBV unter der bekannten Notfall-Nummer 01801 142 222 zu erreichen.

Die LMBV wünscht Ihnen ein schönes [Weihnachtsfest](#), ruhige, besinnliche Stunden im Familien- und Freundeskreis sowie für das neue Jahr 2023 Gesundheit, Glück und Erfolg.



Bodenreinigung im Industriepark Schwarze Pumpe kurz vor Abschluss

Senftenberg. Am 13.12.2022 wurde der letzte der insgesamt 147 Spundwandkästen im Rahmen der Quellstärkereduzierung mittels Bodenaustausch im Industriepark Schwarze Pumpe im Auftrag der LMBV ausgehoben. Der aus den sechs Bauabschnitten entnommene kontaminierte Boden wird in der Vakuumthermischen Reinigungsanlage (VTRA) im Industriepark behandelt und aufbereitet. Der gereinigte Boden wird am Entnahmestandort wieder eingebracht. Ausführende Firma ist die ARGE VTRA und Bodenaustausch Schwarze Pumpe.

Seit 2017 läuft die Maßnahme der Bodensanierung im Industriepark. Etwa 1,3 km Spundwände wurden als Primärspundwände für die Baugrubensicherung bis in eine Tiefe von 20 Metern eingebracht. Danach wurde eine tiefer liegende Arbeitsebene hergestellt, von der aus weitere 147 Einzelspundwandkästen mit einer Grundfläche von jeweils 10 x 11 Metern eingerammt wurden, um den Bodenaushub bis in 14 Metern Tiefe vorzunehmen. Ende des 1. Quartals 2023 soll diese Bodensanierungsmaßnahme am Standort Schwarze Pumpe beendet sein. Zum Abschluss werden dann insgesamt ca. 13.000 m³ Bausubstanz abgebrochen, ca. 400.000 Tonnen Boden bewegt und davon ca. 286.000 Tonnen kontaminierter Boden gereinigt worden sein. Allein die Kosten für die Tiefbauarbeiten und die vakuumthermische Bodenreinigung belaufen sich auf insgesamt etwa 57 Mio. Euro.

Hintergrund:

Das einstige Gaskombinat Schwarze Pumpe war das Herzstück der Energieversorgung in der DDR. Von 1955 bis 1990 wurden rund 900 Millionen Tonnen Rohbraunkohle zu Briketts, Elektroenergie, Koks und Gas verarbeitet. Der Betriebskomplex bestand aus drei Brikettfabriken, drei Kraftwerken, einer Kokerei, einem Druckgaswerk sowie den Nebenanlagen Entphenolung, Extraktion und Destillation.

BERGBAU · SANIERUNG · ZUKUNFT



Insbesondere in diesen Nebenanlagen verursachte die Produktion Schadstoffemissionen in den Untergrund. Der Boden und das Grundwasser wurden teilweise stark mit Kohlenwasserstoffen, BTEX, PAK und Alkylphenolen aus der Braunkohleveredlung belastet. Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft erhielt den Auftrag, die stillgelegten Anlagen zurückzubauen, die Altlasten im Untergrund zu erkunden, weitgehend zu sanieren und die Flächen im Rahmen von Abschlussbetriebsplänen für eine industriell-gewerbliche Nachnutzung herzustellen. Nicht nur Boden wurde in den vergangenen fünf Jahren gereinigt, auch kontaminiertes Grundwasser wurde und wird einer Reinigung und Aufbereitung unterzogen: Mehrere Haltungsbrunnen fördern das mit Schadstoffen belastete Grundwasser in die Abwasserbehandlungsanlage im Industriepark Schwarze Pumpe, wo die Schadstoffe biologisch abgereinigt werden.

Fotos: LMBV/Steffen Rasche

 Bodensanierungsmaßnahme am Standort Schwarze Pumpe

 Blick auf die Vakuumthermische Reinigungsanlage (VTRA)

Informationen zu laufenden Maßnahmen am Störmthaler Kanal

Gemeinsame Medieninformation der Stadt Markkleeberg, Gemeinde Großpösna und LMBV

Leipzig/Markkleeberg/Großpösna. Der künstliche Kanal zwischen Störmthaler und Markkleeberger See im Südraum von Leipzig ist aufgrund von Böschungsschäden und Rissbildungen nahe der Kanuparkschleuse seit März 2021 gesperrt. Zur Gefahrenabwehr wurden zeitnah Querbauwerke ober- und unterhalb des Schleusenbauwerks errichtet.

Der Einbau des Stützkörpers im unteren Vorhafen hat zu einer **wirksamen Reduzierung von Erosionsprozessen** geführt. Dadurch verringerten sich sowohl der Druck zwischen den Wasserspiegeln im oberen und unteren Vorhafen als auch die Unterströmung und seitliche Umströmung an der Kanuparkschleuse. Bereits im August 2022 wurden Drucksondierungen entlang des Kanals abgeschlossen. Sie dienen dem besseren Verständnis der geotechnischen und hydrogeologischen Randbedingungen bzw. Prozesse und sind Grundlage für weitere Entscheidungen und Planungen. Das anfallende Überschusswasser aus dem Störmthaler See wird derzeit mittels einer Heberleitung (Kapazität bis 450 l/s) in den Markkleeberger See übergeleitet.

Bevor das grundsätzliche Ziel einer nachhaltigen Sanierung des Störmthaler Kanals umgesetzt werden kann, muss

BERGBAU · SANIERUNG · ZUKUNFT



zunächst die **Ursache** für die festgestellten Defizite am Kanal ermittelt werden. Der Auftrag zur Ursachenermittlung wurde vergeben an KREBS+KIEFER Ingenieure GmbH und die Technische Hochschule Nürnberg, Institut für Wasserbau und Wasserwirtschaft. Seit 1. August 2022 läuft die Bearbeitung, abgeschlossen sein soll sie im Jahr 2023. Begleitet wird die Ursachenermittlung durch die Arbeitsgruppe Störmthaler Kanal, bestehend aus Vertretern von zuständigen Behörden, Anliegerkommunen und der LMBV.

Derzeit läuft außerdem ein umfassendes **Monitoring** der Grundwasserstände, der Vermessungspunkte im Gelände und am Bauwerk sowie der Porenwasserdruckgeber unterhalb der Schleuse. Erweitert wurde es um Korrosionsmessungen an den Spundwänden. Die LMBV führt darüber hinaus monatliche Sicherheitsbegehungen mit Fokus auf die Böschungsbereiche und das unmittelbare Umfeld der Kanuparkschleuse durch. Bisher wurden keine Auffälligkeiten im Rahmen des Monitorings festgestellt.

Hintergrund

Die Kanuparkschleuse verbindet den Störmthaler mit dem Markkleeberger See. Die Seen entstanden durch Flutung der Restlöcher des Braunkohlentagebaus Espenhain, deren Abschlussbetriebsplan die LMBV umsetzt.

 Sofortmaßnahmen zur Gefahrenabwehr – Errichtung von zwei Querbauwerken ober- und unterhalb der Schleuse, September 2021, (Foto: Ch. Bedeschinski).

 Befestigung der Böschung unterhalb der Kanuparkschleuse mit Wasserbausteinen, im Hintergrund die blaue Heberleitung, Januar 2022, (Foto: LMBV).

 Der Störmthaler Kanal mit A 38 und Kanuparkschleuse zwischen Störmthaler (rechts) und Markkleeberger See (links), 2019, (Foto: P. Radke).

Bundesministerien und Länder schließen neues Verwaltungsabkommen zur Braunkohlesanierung

Berlin. Die Finanzierung der Braunkohlesanierung in Ostdeutschland ist auch für die kommenden fünf Jahre gesichert. Bundesminister der Finanzen Christian Lindner, Bundesumweltministerin Steffi Lemke und die Ministerpräsidenten der Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben ein weiteres Verwaltungsabkommen für den Zeitraum 2023 bis 2027 unterzeichnet. Der vom Bund und den Braunkohleländern für diesen Zeitraum bereitgestellte finanzielle Gesamtrahmen beläuft sich auf 1,44 Milliarden Euro, wovon 978,7 Millionen Euro auf den Bund entfallen. Das für die kommenden fünf Jahre vereinbarte Volumen für die Braunkohlesanierung liegt damit um 214 Millionen Euro über

BERGBAU · SANIERUNG · ZUKUNFT



dem des derzeitigen Verwaltungsabkommens.

Bundesfinanzminister Christian Lindner: „Gemeinsam mit den Ländern haben wir uns darauf verständigt, die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den nächsten fünf Jahren fortzuführen und auszuweiten. Der bereitgestellte Finanzrahmen liegt mit 1,4 Milliarden Euro spürbar über dem Budget der vergangenen Jahre. Für unserer aller Haushalte ist das – gerade in der heutigen Zeit – ein erheblicher Kraftakt. Umso mehr freue ich mich, dass wir hier gemeinsam einen Konsens gefunden haben.“

Bundesumweltministerin Steffi Lemke: „Die Braunkohlesanierung geht weiter – das ist ein wichtiges Signal für die ehemaligen ostdeutschen Tagebauregionen und den Naturschutz. Die Bundesregierung unterstützt die von der damaligen Umweltzerstörung stark betroffenen Bundesländer auch weiterhin bei der Bewältigung der Folgen. Die notwendigen Schutzmaßnahmen für Böden, Gewässer und Natur werden wir auch in den nächsten fünf Jahren voranbringen. Eine qualitativ hochwertige Sanierung sichert gleichzeitig Arbeitsplätze und gibt den Regionen neue Perspektiven.“

Gegenstand der Braunkohlesanierung ist die Bewältigung der Folgen des DDR-Braunkohleabbaus durch Wiedernutzbarmachung und Rekultivierung von vormalig in Anspruch genommenen Flächen. Damit einher geht eine gemeinsame Strukturentwicklungspolitik, die Arbeitsplätze sichert und den betroffenen Regionen neue Perspektiven gibt. Seit 1991 haben Bund und Länder bereits über 11,9 Milliarden Euro in die Braunkohlesanierung investiert.

Mit dem neuen Verwaltungsabkommen bekennen sich die Partner ausdrücklich zu einer gemeinsamen Fortführung der Braunkohlesanierung. Sie haben sich dabei darauf verständigt, die noch anstehenden Aufgaben unter besonderer Beachtung ihrer hohen Umweltwirkung und unter Berücksichtigung der zunehmenden Auswirkungen klimatischer Veränderungen weiterhin effektiv, effizient und nachhaltig zu organisieren.

Darüber hinaus haben sich Bund und Länder mit dem neuen Verwaltungsabkommen zum Ziel gesetzt, die Übertragung von abgeschlossenen Sanierungsmaßnahmen auf vom Bund unabhängige Trägerstrukturen entscheidend voranzubringen. In den vergangenen Jahren konnten in der Braunkohlesanierung große Fortschritte erzielt werden. Vielerorts sind attraktive Bergbaufolgelandschaften entstanden, große Flächen wurden rekultiviert und wieder nutzbar gemacht. Trotz dieser Erfolge bestehen noch langjährige Herausforderungen, insbesondere bei der Sicherung von Innenkippen sowie der Herstellung eines sich weitgehend selbst regulierenden Wasserhaushalts.

Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung des BMF und BMUV v. 08.12.2022

Fotos: BMF/Photothek

 (L-R) Dietmar Woidke, SPD, Ministerpräsident von Brandenburg, Michael Kretschmer, Ministerpräsident von Sachsen, Steffi Lemke (Buendnis 90/Die Gruenen), Bundesministerin fuer Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Christian Lindner (FDP), Bundesminister der Finanzen, Reiner Haseloff, CDU, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, unf

BERGBAU · SANIERUNG · ZUKUNFT



Bodo Ramelow, Die Linke, Ministerpraesident von Thueringen, aufgenommen im Rahmen der Vertragsunterzeichnung zur Braunkohlesanierung in der Landesvertretung Brandenburg in Berlin, 08.12.2022.

 (L-R) Dietmar Woidke, SPD, Ministerpraesident von Brandenburg, Michael Kretschmer, Ministerpraesident von Sachsen, Steffi Lemke (Buendnis 90/Die Gruenen), Bundesministerin fuer Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Christian Lindner (FDP), Bundesminister der Finanzen, Reiner Haseloff, CDU, Ministerpraesident von Sachsen-Anhalt, und Bodo Ramelow, Die Linke, Ministerpraesident von Thueringen, aufgenommen im Rahmen der Vertragsunterzeichnung zur Braunkohlesanierung in der Landesvertretung Brandenburg in Berlin, 08.12.2022.

 (L-R) Dietmar Woidke, SPD, Ministerpraesident von Brandenburg, und Michael Kretschmer, Ministerpraesident von Sachsen, aufgenommen im Rahmen der Vertragsunterzeichnung zur Braunkohlesanierung in der Landesvertretung Brandenburg in Berlin, 08.12.2022.

 (L-R) Dietmar Woidke, SPD, Ministerpraesident von Brandenburg, Michael Kretschmer, Ministerpraesident von Sachsen, Steffi Lemke (Buendnis 90/Die Gruenen), Bundesministerin fuer Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Christian Lindner (FDP), Bundesminister der Finanzen, Reiner Haseloff, CDU, Ministerpraesident von Sachsen-Anhalt, und Bodo Ramelow, Die Linke, Ministerpraesident von Thueringen, aufgenommen im Rahmen der Vertragsunterzeichnung zur Braunkohlesanierung in der Landesvertretung Brandenburg in Berlin, 08.12.2022.

 (R-L) Christian Lindner (FDP), Bundesminister der Finanzen, und Steffi Lemke (Buendnis 90/Die Gruenen), Bundesministerin fuer Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, aufgenommen im Rahmen der Vertragsunterzeichnung zur Braunkohlesanierung in der Landesvertretung Brandenburg in Berlin, 08.12.2022.

Verwaltungsabkommen VA VII

BERGBAU · SANIERUNG · ZUKUNFT



Bündelung von Erfahrungsschätzen: LEAG und LMBV arbeiten künftig enger zusammen

Senftenberg/Cottbus. Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) und die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) wollen künftig für die Herstellung einer vielfältigen und nachhaltigen Bergbaufolgelandschaft enger zusammenarbeiten. Dafür beabsichtigen die Unternehmen ihre jeweiligen Erfahrungsschätze, sowie ihre Kapazitäten und Ressourcen zum Nutzen der regionalen Entwicklung zu bündeln und zur gegenseitigen Unterstützung einzubringen. Die Ziele zur Planung und Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft in der Lausitz wurden jetzt in einer gemeinsamen Absichtserklärung festgehalten.

Bernd Sablotny, Sprecher der Geschäftsführung der LMBV: „Bereits bestehende Gremien, in dem beide Unternehmen vertreten sind, wie der Geotechnische Beirat oder die AG Flussgebietsbewirtschaftung Spree, Schwarze Elster und Lausitzer Neiße, zeigen, wie wichtig es ist, auf fachlicher Ebene gut zusammenzuarbeiten. Eine darüberhinausgehende Bündelung der unterschiedlichen Erfahrungsschätze der Unternehmen bietet die Chance, den mit dem anstehenden Kohleausstieg und Strukturwandel einhergehenden Herausforderungen verantwortungsbewusst begegnen zu können, um künftigen Generationen eine nachnutzungsgerechte Bergbaufolgelandschaft zu hinterlassen.“

Zu den thematischen Schwerpunkten der gemeinsamen Zusammenarbeit zählen der Wasserhaushalt und Klimawandel, die Sicherung von Kippenflächen, sowie berg- und umweltrechtliche Genehmigungsverfahren. Neben den strukturellen Veränderungen durch den Kohleausstieg haben sich auch die fachlichen Erkenntnisse und umweltrechtliche Anforderungen im Laufe der Zeit deutlich verändert. Vor allem die durch bergbauliche Tätigkeiten erfolgten Eingriffe in den Natur- und Wasserhaushalt müssen unter Einhaltung der strengeren Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrechtslinie sowie der NATURA 2000 ausgeglichen und kompensiert werden. Ziel der engeren Zusammenarbeit beider Unternehmen bleibt, in Zukunft einen sich weit gehend selbst regulierenden Wasserhaushalt zu erreichen.

„Die gemeinsame Absichtserklärung zur künftigen Zusammenarbeit stellt eine wichtige Weichenstellung zur Gestaltung einer folgenutzungsgerechten Bergbaufolgelandschaft dar. Für eine effiziente Umsetzung der bergbaulichen Verpflichtungen beider Unternehmen ist es sinnvoll, bestehende Kooperationen fortzusetzen und den Informationsaustausch zu verstärken. Damit unterstützen wir die regionale Entwicklung der Lausitz und können Impulse für eine chancenreiche Folgenutzung der Bergbaufolgelandschaft setzen“, so der LEAG-Vorstand für Produktion Dr. Ing. Philipp Nellessen.

Gunnar John, Kaufmännischer Geschäftsführer der LMBV erklärt dazu: „Unser aller Ziel muss es sein, nach dem Bergbau Raum für neue Entwicklungen der natürlichen Umwelt sowie für wirtschaftliche und soziale Entwicklungen zu schaffen. Die Absichtserklärung verleiht dem gemeinsamen Willen Ausdruck, auf aktuelle und zukünftige Fragen soweit im Rahmen der Unternehmenszwecke möglich einvernehmliche Antworten zu finden, die für beide Seiten und die Allgemeinheit nützlich sind.“

BERGBAU · SANIERUNG · ZUKUNFT



Blick ins entstehende Lausitzer Seenland

Neues Mehrzweckboot für die Feuerwehr am Berzdorfer See

Görlitz. Am 30. November 2022 fand im Hafen des Berzdorfer Sees die Übergabe eines neuen Bootes mit Transportanhänger an die Görlitzer Berufsfeuerwehr statt.

Neben LMBV-Vertretern waren Feuerwehrchefin Anja Weigel, weitere Feuerwehrleute sowie Oberbürgermeister Octavian Ursu und Ordnungsamtsleiter Uwe Restetzki bei der Einweihung dabei.

Das 7,40 Meter lange Mehrzweckboot und seine Besatzung werden für die Aufgaben Feuerlöschen, Technische Hilfeleistung und Menschenrettung auf dem Wasser eingesetzt. Finanziert wurde das Boot aus der Braunkohlesanierung.



Fotos: LMBV



§ 4-Broschüre zur sächsischen Regionalentwicklung online

Leipzig/Freiberg. Die neue Broschüre „Impulse für die Regionalentwicklung in Sachsen 2021“ ist nunmehr sowohl gedruckt erhältlich als auch in der Mediathek der LMBV abrufbar. Herausgeber sind das Sächsische Oberbergamt und die LMBV. Im Tätigkeitsbericht zu den § 4-Maßnahmen werden auf insgesamt 16 Seiten die Arbeitsschwerpunkte in Ost- und Westsachsen erläutert, die im Rahmen des Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung im zurückliegenden Zeitraum umgesetzt wurden.

Der Freistaat Sachsen verfolgt im Umfeld des stillgelegten Braunkohlenbergbaus eine nachhaltige Entwicklung für verschiedenartige Folgenutzungen an den Tagebaurestseen. Für Maßnahmen zur Beseitigung struktureller Mängel, zur nachträglichen Wiedernutzbarmachung und zur Unterstützung der regionalen Entwicklung stellt er deshalb finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung. Da weder die eigentlichen Nachnutzungen noch die Schaffung der Voraussetzungen hierfür Aufgabe des zur Sanierung Verpflichteten ist, wird die Braunkohlesanierung im Freistaat Sachsen seit dem Jahr 2003 durch so genannte § 4-Maßnahmen im Rahmen des Verwaltungsabkommens



BERGBAU · SANIERUNG · ZUKUNFT



Braunkohlesanierung unterstützt. Die LMBV fungiert hier als Projektträger dieser § 4-Maßnahmen und gleichzeitig als gesetzlich Sanierungsverpflichteter.

Dank einer **Neugestaltung des Mediathek-Layouts** ist das Cover der Broschüre und seiner Vorgänger nunmehr auch als **Thumbnail** sichtbar - die Listenansicht lässt sich oben rechts in die Thumbnail-Ansicht umstellen. Die Reihe „Impulse für die Regionalentwicklung“ kann unter „Kategorie“ und „Berichte“ gefiltert werden, siehe <https://www.lmbv.de/service/mediathek/>.

 Cover der Broschüre